

Albanien ante portas?

EU-Perspektiven des Westbalkan-Landes in der Diskussion

Organisation: Südosteuropa-Gesellschaft und Europa-Union Deutschland / Parlamentarische Gruppe im Deutschen Bundestag
Berlin, 15. Mai 2018

Bericht von Kerim Kudo, Berlin

□ Als die EU-Kommission am 6. Februar 2018 ihre neue Erweiterungsstrategie gegenüber dem westlichen Balkan vorstellte, kündigte sie an, bei Erfüllung entsprechender Bedingungen eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auszusprechen. Dieser Ankündigung folgten am 17. April 2018 konkrete Schritte und die Kommission empfahl dem Europäischen Rat, mit den genannten Staaten Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. Die Entscheidung, die vom Europäischen Rat gefällt wird, ist für Ende Juni 2018 angesetzt. Doch die geführte Debatte steht nicht nur im Licht des klassischen Dilemmas zwischen der Gefahr der EU-Überdehnung durch Erweiterung und der geopolitischen Notwendigkeit einer Aufnahme der Westbalkan-Staaten in die EU. Auch zahlreiche Herausforderungen, mit denen sich sowohl die EU als auch die Westbalkan-Staaten konfrontiert sehen, bestimmen die Diskussion. Vor allem der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und der Brexit innerhalb der EU sowie Ethno-Nationalismus, Korruption und organisierte Kriminalität in den Staaten des westlichen Balkans prägen das gegenwärtige Bild.

Diese Intensivierung der politischen Entwicklungen zwischen der EU und den Westbalkan-Staaten war der Anlass dafür, dass am 15. Mai 2018 in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages eine Podiumsdiskussion zum Thema „Albanien ante portas? – EU-Perspektiven des Westbalkan-Landes in der Diskussion“ abgehalten wurde. Auf Einladung der Südosteuropa-Gesellschaft und der Europa-Union Deutschland / Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag hatten renommierte Experten, Politiker und Diplomaten die Gelegenheit, über die EU-(Un-)Tauglichkeit Albaniens zu diskutieren und ihre Pro- und Kontra-Argumente gegeneinander abzuwägen. Die Veranstaltung stieß auf ein reges Interesse, nicht zuletzt auch bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Die Konferenz wurde durch Dr. *Hansjörg Brey*, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, und Dr. *Otto Schmuck*, Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und Sprecher der Arbeitsgruppe „Zukunft der EU“, eröffnet. Nach einer Begrüßung der Anwesenden skizzierten beide in aller Kürze zentrale Herausforderungen und Probleme, die sich gegenwärtig im Zusammenhang mit der EU-Integration Albaniens – aber auch anderer Staaten der Region – stellen.

In der darauf folgenden Keynote konstatierte *Michael Roth*, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, dass die EU „erweiterungsmüde“ sei. Dies stelle, so Roth, jedoch keinen Grund zur Resignation dar – ungeachtet der Tatsache, dass im Allgemeinen die Verhandlungen mit den Westbalkan-Staaten bisher erst in Teilen erfolgreich gelaufen seien. In der jungen Bevölkerung Albaniens erkannte er einen EU-Optimismus. Er herrschten immer noch starke Hoffnungen auf eine europäische Zukunft des Landes. Die EU sei daher gefordert, ein klares Signal zu setzen und neben wirtschaftlichen Kriterien stärker auf europäische Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit zu setzen. In jedem Fall, so Roth, sollten sich die Verhandelnden

im Klaren sein, dass eine Ablehnung Albaniens und anderer Westbalkan-Staaten für Europa schwerwiegende Konsequenzen zur Folge hätte.

Anschließend folgte eine Podiumsdiskussion, die von Michael Martens, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Südosteuropa und die Türkei, moderiert wurde. Die Podiumsteilnehmer erhielten die Gelegenheit, eingangs im Rahmen eines kurzen Impulsvortrags ihre Sicht auf das Thema darzulegen.

Thorsten Frei, MdB, CDU, Berichterstatter für Albanien im Auswärtigen Ausschuss, wies dabei darauf hin, dass in Deutschland eine intensive Diskussion über Fragen der Erweiterung und vor allem über die Aufnahmefähigkeit der EU benötigt werde. Für Frei lassen sich große Fortschritte Albaniens in Bezug auf eine Annäherung an die EU konstatieren. Dies umfasse etwa die Bekämpfung organisierter Kriminalität, die Eindämmung des Drogenhandels oder die Korruptionsbekämpfung. Die bisherigen Debatten innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigten, dass Freis Sicht nicht alle Mitglieder der Fraktion teilen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist keine eindeutige Haltung bezüglich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien erkennbar. Besonders im Bereich der Wahlrechtsreform nach europäischen Standards (diese Forderung wurde bereits 2014 an Albanien gestellt) sei eine Enttäuschung der Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu verzeichnen. Den Empfehlungen der OSZE/ODHIR in diesem Bereich sei die albanische Regierung, wenn überhaupt, nur in Ansätzen nachgekommen. Unter Einbezug dieser Tatsache vertrat Frei in diesem Punkt eine klare – und einigen Mitgliedern der Fraktion offensichtlich widersprechende – Haltung. Laut Frei kann Europa es sich nicht leisten, die Länder des westlichen Balkans auf Dauer aus der EU ausgeschlossen zu halten.

Adrian Hackaj, Research Director im „Cooperation and Development Institute“ in Tirana, machte auf die Tatsache aufmerksam, dass bisher ca. eine Million Albaner emigriert sind. Vor allem seien es gut qualifizierte Bevölkerungsschichten. Ursachen dieses Braindrains sah Hackaj sowohl in einem schlechten Lebensstandard und ungewissen Zukunftsaussichten (*Push*-Faktoren) in Albanien, als auch in der Attraktivität der „westlichen Länder“ (*Pull*-Faktoren), vor allem der EU. In Hinblick auf den EU-Integrationsprozess Albaniens hob er hervor, dass sich sowohl Jugendorganisationen als auch alle Religionsgemeinschaften – im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung – für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen Albaniens mit der Europäischen Union ausgesprochen hätten. Abschließend betonte Hackaj mit Nachdruck, dass „Europa“ bzw. die Europäische Union ein existenzielles Vorhaben für Albanien sei. Es müsse die realistische Perspektive eingenommen werden, dass die EU-Integration Albaniens kein einfacher, sondern vielmehr ein mühsamer Weg sei. Auf diesem gebe es durch kleine Erfolge aber ausreichend Anlass zu Hoffnung, so Hackaj.

Manuel Sarrazin, Sprecher für Osteuropa-Politik in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft, betonte in seinem Impulsvortrag, dass in viel stärkerem und effizientem Maß Instrumente herangezogen werden müssten, die eine Implementierung der EU-Werte in der Region gewährleisten würden. Für Sarrazin ist es unabdingbar, so schnell wie möglich die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und anderen Staaten des westlichen Balkans zu eröffnen. Dieser Schritt, so Sarrazin, würde die sich anbahnenden „Stellvertreterkriege“ zwischen externen Akteuren (Türkei, Saudi-Arabien, Russland, USA, etc.) eindämmen. Innenpolitisch müsse wiederum die Situation auf dem westlichen Balkan stets „ehrlich“ beleuchtet werden.

In ihrer Ausführung betonte *Romana Vlahutin*, Botschafterin der Europäischen Union in Albanien, warum der albanische EU-Beitrittsprozess von Bedeutung für beide Seiten sei. Für

Vlahutin hat Albanien von allen Staaten in der Region in den letzten Jahren die größten Veränderungen vollzogen. Zudem sah sie in Albanien einen wichtigen Stabilitätsfaktor in der Region. Im Gegensatz zu den meisten Staaten des Westbalkans zeichne sich Albanien durch eine stabile Identitätspolitik aus, die keine ethno-nationalen Antagonismen beherberge. Daher wäre eine zukünftige Aufnahme Albanien in die EU von nicht zu unterschätzender sicherheitspolitischer Relevanz, vor allem wenn es um internationale Migrationsbewegungen und Terrorismusbekämpfung gehe. Zum Schluss betonte Vlahutin den wirtschaftlichen Aspekt in der Beziehung EU-Albanien und unterstrich die Tatsache, dass 75 % des albanischen Handels mit der EU stattfindet. Dennoch bleibe der Reformprozess weiterhin schwierig und mühsam, so Vlahutin.

In der Diskussionsrunde wurde durch Moderator Michael Martens die Frage aufgeworfen, wie Reformen in ihrer Substanz besonders in der Justiz durchgeführt werden könnten. Michael Roth antwortete darauf, dass die EU aus dem bisherigen Verhandlungsprozess mit den Westbalkan-Staaten ihre „Lehren“ gezogen habe. Auch betonte er, dass in erster Linie der Rechtsstaat sichergestellt werden müsse, um somit ein Wachstum an Investitionen aus dem Ausland herbeizuführen. Die Menschen in Albanien erwarteten Arbeit und bessere Lebensbedingungen. Vom gegenwärtigen Braindrain aus der Region profitierten zuzeit vor allem die europäischen Staaten. Auf die Dauer gesehen sei dies ein Prozess, der weder für Albanien noch für die EU Vorteile bringen werde. Wenn die Zivilgesellschaft nicht weiter gestärkt würde und sich die politischen Parteien nicht für jüngere Nachwuchskräfte öffneten, sei es um die Zukunft der Region schlecht bestellt, so Roth.

Auf die Frage von Martens, welches Szenario er sich vorstellen könne, wenn im Juni 2018 die Beitrittsverhandlungen mit Albanien nicht eröffnet werden würden, antwortete Roth ernüchtert. In diesem Fall sehe er die Gefahr gegeben, dass die europäischen Kräfte in der Region geschwächt würden und es generell zu einer weiteren Instabilität des Landes kommen könne. Gemäß Roth gibt es keine Alternative zur EU, die nachhaltige politische und soziale Perspektiven für das Land und seine Bevölkerung aufweisen würde.

Die Frage nach den größten Problemen bzw. Gefahren in der Region beantworteten die Podiumsdiskussionsteilnehmer auf unterschiedliche Weise. Ardian Hackaj sah die größte Gefahr in der Emigration der Mittelschicht, die das „Rückgrat“ jeder Gesellschaft darstelle. Mit ihrem Fehlen im Land sieht Hackaj auch den Demokratieprozess in Gefahr. Romana Vlahutin machte ein großes Problem in der „Grundangst“ aus, welche Eliten in der Region vor dem europäischen Reformprozess hätten. Diese Angst sei die Ursache dafür, dass der EU-Reformprozess durch unterschiedliche machtvolle regionale Akteure zwar rhetorisch befürwortet, de facto aber blockiert werde. Thorsten Frei betonte abschließend, dass die Mitgliedschaft in die EU nicht als Allheilmittel für Probleme in den „Herkunftsändern“ betrachtet werden könne.

Dennoch, so die zentrale gemeinsam hervorgebrachte Schlussfolgerung der Diskussion, liege die Zukunft Albanien und der ganzen Region in der Hand der Europäischen Union. Negiere man dies, beteilige man sich in zentraler Weise an der Herstellung einer ungewissen Zukunft für Albanien und die weiteren Staaten des Westbalkans.